

Martina Munz, Nationalrätin

## **Die Schweiz wird grüner und aufgeschlossener**

*Die Corona-Krise hat die Sommersession dominiert. Trotzdem hat das Parlament mit der Ehe für alle und dem Gesinnungswandel beim CO2-Gesetz gesellschaftspolitische Meilensteine gesetzt.*

Die Auswirkungen der Corona-Krise werden die Politik noch lange beschäftigen. Die Menschen benötigen jetzt Unterstützung. Das Parlament hat in der Sommersession zusätzliche 15 Milliarden Franken für die Kurzarbeitsentschädigung beschlossen. Genau zum richtigen Zeitpunkt wurde auch die Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose gutgeheissen. So kann verhindert werden, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, auf Sozialhilfe angewiesen sind und ihr Altersguthaben frühzeitig aufbrauchen. Trotz milliardenschweren Hilfspaketens bin ich besorgt, dass die Krise die Ungleichheit in unserer Gesellschaft noch grösser werden lässt. Beispielsweise sind durch das Homeschooling jene Kinder benachteiligt, die sowieso schon ungünstigere Voraussetzungen haben und für den Spracherwerb auf Unterricht und Tagesstrukturen angewiesen sind. Selbständige und Kleinbetriebe, insbesondere aus der Gastro- und Kulturszene, haben schon unter normalen Umständen ein schmales Einkommen. Der Bundesrat hat ihren Anspruch auf Erwerbsausfall kurzfristig auf Ende Mai wieder beendet. Obwohl es bereits jetzt klar ist, dass diese Mühe haben werden, die lange Durststrecke zu überstehen, lässt man sie im Stich. Der Versuch der SP, den Entscheid des Bundesrates im Parlament zu korrigieren, fand leider knapp keine Mehrheit. Dass nun individuelle Geschäfte und Betriebe, welche den Charakter unserer Region prägen, existenziell bedroht sind, während Grossbetriebe, gesichtslose Ladenketten und Konzerne wohl nur einen Gewinneinbruch in Kauf nehmen müssen, ist nicht nur traurig, sondern auch bezeichnend für die von Lobbyismus gesteuerte Politik unseres Landes. Nun müssen die Kantone handeln: Der Sonderkredit des Kantons Schaffhausen, der ja noch kaum beansprucht wurde, könnte nun für Kleinbetriebe und Selbständige zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt aber auch eine gute Nachricht: Während der Zeit des Lockdowns sind nun nur 40 Prozent der Geschäftsmiete geschuldet. Diese Lösung wird erheblich dazu beitragen, eine Konkurswelle der KMUs abzuwenden. Auch diese Lösung hat sich gegen den Widerstand von SVP und FDP durchgesetzt, die sich auf die Seite der grossen Immobilienbesitzer geschlagen haben.

Nebst der Krisenbewältigung gab es aber auch wichtige Entscheide, die die Zukunft der Schweiz gestalten werden: Der neu zusammengesetzte Nationalrat, insbesondere die FDP, hat in der Klimapolitik die notwendige Kehrtwende vollzogen. Beim CO2-Gesetz war nur noch die SVP gegen griffige Massnahmen, obwohl gerade die Landwirtschaft unter den Klimaerwärmung besonders stark leidet. Die Argumentation, den «armen Menschen» werde das Geld aus der Tasche gezogen ist falsch: Jeder Franken kommt der Bevölkerung zugute. Zwei Drittel der CO2-Abgabe und die Hälfte der Flugticketabgabe werden über die Krankenkassenprämie der Bevölkerung zurückerstattet und jede Familie kann sich weiterhin einen Auslandsflug leisten. Wer jedes zweite Jahr einen Langstreckenflug macht, profitiert sogar von der Rückerstattung. Auch mit dem Klimafonds wurde eine Grundlage geschaffen der Innovationen und Investitionen ermöglicht, die allen zugutekommen. Und nicht zuletzt wurde endlich die Ehe für alle, inklusive der Samenspende für lesbische Paare, angenommen. Ein höchst erfreulicher Schritt, der längstens hinfällig war. Die Schweiz wird progressiver, grüner und hoffentlich für alle gerechter.